

## INHALT

1. CDU fordert nach Abordnung der JVA-Leiterin weiter Ablösung von Justizministerin Spoorendonk
2. Flüchtlingssituation bringt Kommunen an die Grenzen der Belastbarkeit
3. CDU fordert nach Keim-Krise am UKSH Konsequenzen
4. Sondervermögen Hochschulsanierung wird nicht abgerufen
5. CDU sichert Volksinitiative „Pro Note“ Unterstützung zu

30.01.2015

**CDU fordert nach Abordnung der JVA-Leiterin weiter Ablösung von Justizministerin Spoorendonk  
Günther: Kommende Woche wird Akteneinsicht gefordert**



CDU-Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

In der Fragestunde des Landtages in der vergangenen Woche hatte Justizministerin Anke Spoorendonk verteidigt, dass nicht unverzüglich die Polizei gerufen wurde. „Das zu dem Zeitpunkt gültige Regelwerk sah eine unmittelbare Einschaltung der Strafvollzugsbehörden nicht zwingend vor“, erklärte sie. Die Justizministerin räumte ein, dass die Leiterin der JVA sogar ausdrücklich die Anweisung gegeben habe, die Polizei nicht zu informieren.

CDU-Fraktionschef Daniel Günther warf Spoorendonk in dieser Woche vor, damit die Unwahrheit gesagt zu haben. Der – ihm zwischenzeitlich zugespielte – Alarmplan sehe bei einer Geiselnahme sofort vor, die Polizei und die Staatsanwaltschaft zu rufen. Und dies nicht nur zum Zwecke der Gefahrenabwehr, sondern ausdrücklich auch zur Strafverfolgung.

Die Justizministerin dementierte in der Innen- und Rechtsausschusssitzung am Mittwoch

dieser Woche die Formulierungen nicht. Sie interpretierte diese jedoch so, dass der Alarmplan nur „während“ einer Geiselnahme zur Gefahrenabwehr gelte. Da die Geiselnahme bereits nach kurzer Zeit beendet gewesen sei, habe er keine Anwendung gefunden. Deshalb habe auch die Staatsanwaltschaft nicht gerufen werden müssen. Spoorendonk bat ausdrücklich darum, Vertraulichkeit der Sitzung herzustellen, um die Abgeordneten vollständig über ihren aktuellen Kenntnisstand informieren zu können.

„Fakt ist und bleibt: Es wurde wegen einer Geiselnahme alarmiert. Bei einer Geiselnahme sind nach dem geltenden Regelwerk unverzüglich Polizei und Staatsanwaltschaft einzuschalten. Das ist nicht erfolgt,“ kommentierte CDU-Innenexperte Dr. Axel Bernstein nach dem vertraulichen Teil der Sitzung.

Am Donnerstag Abend informierte die Justizministerin in einer kurzfristig einberufenen Sitzung darüber, dass sie ein Disziplinarverfahren gegen die Leiterin eingeleitet und diese ins Ministerium abberufen habe. Begründung: Am Dienstag habe Spoorendonk erfahren, dass die JVA-Chefin im November mit der Staatsanwaltschaft Lübeck darüber gesprochen hatte, bei welchen Vorkommnissen Strafanzeige zu stellen ist. Dies habe Mauruschat ihr nicht gesagt, obwohl sie von ihr alle Informationen erbeten habe, die in Zusammenhang mit der Geiselnahme stehen können. Darüber hinaus sei das Klima in der JVA sehr schlecht.

„Über einen Zeitraum von fünf Wochen hat Frau Spoorendonk der JVA-Leiterin ein tadelloses Verhalten bescheinigt und sie erst gestern erneut verteidigt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt waren ihr die heute als Begründung vorgeschobenen Fakten bereits bekannt. Die nun in blindem Aktionismus vollzogene Entscheidung heilt die wochenlange Untätigkeit der Ministerin nicht,“ erklärte Günther daraufhin in Kiel.

CDU-Justizexpertin Barbara Ostmeier sagte, sie könne sich nicht vorstellen, wie mit dieser Ministerin künftig eine vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich sein solle. „Ohne die Vertraulichkeit der Sitzung am Mittwoch zu brechen, kann ich erklären: Mir ist völlig neu, dass bereits zum Zeitpunkt unserer Sitzung das Vertrauensverhältnis zwischen der Justizministerin und der Anstaltsleiterin derart gestört war, dass die Ministerin ein Disziplinarverfahren und die Abordnung vorbereitete“. Sie sei auch überrascht gewesen, am Donnerstag darüber zu erfahren, dass die Ministerin bereits am Dienstag über Gespräche zwischen der JVA-Leiterin und der Staatsanwaltschaft über die Frage informiert war, in welchen Fällen die Staatsanwaltschaft einzuschalten sei.

Die CDU werde nun Akteneinsicht beantragen um die Vorgänge aufzuklären.

---

## **Flüchtlingssituation bringt Kommunen an die Grenzen der Belastbarkeit**

### **CDU: Der Bedarf war schon 2013 absehbar**

„So viele Flüchtlinge wie noch nie“ titelten in dieser Woche die Zeitungen in Schleswig-Holstein. Der zunehmende Flüchtlingsstrom macht vor allem der Erstaufnahmestelle in Neumünster zu schaffen. Die stellvertretende Leiterin des Amtes für Ausländerangelegenheiten erklärte, man können den Standard nicht mehr halten, die Unterkunft platze aus allen Nähten.

Auch wann die neue Erstaufnahmestelle in Boostedt eröffnet werden kann, ist noch völlig unklar. Zunächst war die Eröffnung von November 2014 auf den ersten März diesen Jahres verschoben worden. Nun musste das Innenministerium bekannt geben, dass auch dieser Termin nicht gehalten werden könne. Astrid Damerow, flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, kritisiert die Landesregierung für ihre Versäumnisse scharf:

„Der Bedarf war schon 2013 absehbar. Die Landesregierung hat viel zu spät reagiert. Jetzt sind die Flüchtlinge und die Kommunen die Leidtragenden dieser Versäumnisse“, so Damerow.

Es zeichnet sich ab, dass die Flüchtlinge statt angedachter sechs Wochen bald nur noch zwei Woche in Neumünster bleiben dürfen. Diese Zeit reicht nicht einmal mehr aus, um dort die Asylanträge zu stellen. Das muss dann aus den kommunalen Einrichtungen heraus geschehen.

„Die Gemeinden haben vielfach nicht genügend Zeit, um Wohnungen zu finden und müssen somit die erste Betreuung und Deutschkurse selbst organisieren und finanzieren. Zudem müssen die Flüchtlinge für ihr Asylverfahren wieder mühsam nach Neumünster fahren“, so Damerow.



Astrid Damerow, flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

---

### **CDU fordert nach Keim-Krise am UKSH Konsequenzen** **Erfahrenes Personal muss bleiben, Meldekriterium angepasst werden**



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

Angesichts der Keim-Krise im Kieler Universitätsklinikum hat die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Katja Rathje-Hoffmann, Sozialministerin Alheit aufgefordert, die Meldepflicht nach dem Infektionsschutzgesetzes auszudehnen. „Die Ministerin hat zurecht erkannt, dass ihr Ministerium in so einem Fall nicht Teil der Meldekette ist. Es reicht aber nicht, dass die aufsichtsführende Ministerin Herrn Scholz bittet, er solle künftig so nett sein, sie

anzurufen. Sie muss verbindliche Regeln für alle Krankenhäuser im Land festlegen“, sagte die Sozialexpertin.

Kein Verständnis zeigte Rathje-Hoffmann dafür, dass das UKSH weiterhin an den bereits ausgesprochenen Kündigungen der Verträge mit den DRK-Schwestern festhält und darin von Sozialministerin Alheit unterstützt wird: „Zur Bewältigung der Keim-Krise werden jetzt kompetente und erfahrene Pflegekräfte benötigt. Ich habe Hinweise, dass sich gerade die besten Schwestern eben nicht am UKSH um eine Übernahme bewerben werden. Die Pflegekräfte dürfen in dieser Krise nicht zusätzlich verunsichert werden. Deshalb fordere ich das UKSH auf, von der Kündigung der Verträge mit den DRK-Schwesterschaften Abstand zu nehmen“, forderte Rathje-Hoffmann in Kiel.

---

### **Sondervermögen Hochschulsanierung wird nicht abgerufen** **Dornquast: Hochschulen bleiben die Stiefkinder von SPD, Grünen und SSW**



Hochschulexperte Volker Dornquast, MdL

Ende des letzten Jahres hatte die Landesregierung bekannt gegeben, dass aus dem Sondervermögen zur Hochschulsanierung in Höhe von 77 Millionen Euro bisher erst 3,6 Millionen Euro abgerufen worden seien. Daraufhin stellte der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Volker Dornquast, eine Kleine Anfrage an die Landesregierung. In dieser Woche folgte eine Antwort der Landesregierung, aus der sich bestätigte, dass von 77 Millionen Euro aus dem Sondervermögen von 2012 bislang nicht einmal fünf Prozent ausgezahlt worden seien.

Die Landesregierung führt in ihrer Antwort aus, dass aus ihrer Sicht eine „beschleunigte Umsetzung der Maßnahmen nur durch eine Optimierung des Planungs- und Entscheidungsprozesses im Zusammenwirken zwischen Land, Hochschulen und GMSH erreicht werden kann.“

„SPD, Grüne und SSW verschlafen die Hochschulsanierung komplett. Es ist wirklich unglaublich, dass die Landesregierung nach mehr als zwei Jahren eine derart gleichgültige Antwort abliefern. Das Hauptaugenmerk des Ministeriums liegt offenkundig nicht in der Baubeschleunigung, sondern im Abschieben von Verantwortung“, erklärte Dornquast.

Dringend notwendige Sanierungen hätten angesichts des zur Verfügung stehenden Geldes schon seit mindestens zwei Jahren in Angriff genommen werden können.

„Die fehlende Information und Beratung der Hochschulen hat offensichtlich zu diesem

Desaster geführt. Verantwortlich dafür ist die Landesregierung. Die Hochschulen bleiben die Stiefkinder von SPD, Grünen und SSW.“

Link zur Antwort der Landesregierung:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/sanierungsmittel.pdf>

---

## **CDU sichert Volksinitiative „Pro Note“ Unterstützung zu Kombinierte Noten- und Berichtszeugnisse an allen Grundschulen gefordert**



Heike Franzen, bildungspolitische Sprecherin

In Streit um die Benotung von Schülern in Schleswig-Holstein hat die FDP in dieser Woche eine Volksinitiative mit dem Namen „Pro Note“ ins Leben gerufen. Ziel soll es sein, dass alle Dritt- und Viertklässler wieder verbindlich Noten im Zeugnis bekommen sollen.

Die CDU-Fraktion unterstützt die Initiative der FDP. CDU-Bildungspolitikerin Heike Franzen erklärt weiter: „Noten sind leicht verständliche und transparente Instrumente, die Auskunft über den Leistungsstand geben und Kinder motivieren.“

Die Rückmeldung von Schulkonferenzen zeige, dass der jetzige Notenerlass der Landesregierung eine Fehlentscheidung sei. Ein Großteil hätte sich für die Beibehaltung von Notenzeugnissen ausgesprochen.

Um das Anliegen der Initiative in den Landtag einbringen zu können, werden 20.000 Unterschriften benötigt, die innerhalb eines Jahres gesammelt werden müssen. Die FDP zeigte sich zuversichtlich dieses Ziel zügig zu erreichen.

Link zum Internetauftritt der Initiative:

<http://www.pro-noten.de/>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)